

Soziales im Blick Niedersachsen-Echo Die Landesbeilage des SoVD in Niedersachsen



März 2024 Ausgabe Nr. 3

Aufteilung von Sorgearbeit: "Wenn nicht schnell etwas passiert, ist steigende Altersarmut vorprogrammiert"

SoVD zum Equal Care Day am 29. Februar

Noch immer leisten Frauen in Deutschland mehr unbezahlte Sorgearbeit in der Familie als Männer – nämlich 50 Prozent mehr. Das zeigt der Zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Für Niedersachsen können ähnliche Zahlen angenommen werden. Die Folge sind lebenslange negative finanzielle Auswirkungen für Frauen, insbesondere für Alleinerziehende. Anlässlich des diesjährigen "Equal Care Days" am 29. Februar fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Reform der Ehegattenbesteuerung und eine stärkere Unterstützung von Frauen, die sich alleine um ihre Kinder kümmern.



Foto: Yakobchuk / Adobe Stock

Im Durchschnitt investieren Frauen täglich deutlich mehr Zeit in Kinderbetreuung und Haushaltsarbeit als Männer und sind dadurch häufiger in Teilzeit beschäftigt.

Im Durchschnitt leisten Frauen täglich über vier Stunden unbezahlte Arbeit bei der Kinderbetreuung oder im Haushalt. Das sind fast anderthalb Stunden mehr als bei Männern. Dieser sogenannte "Gender Care Gap" steigt mit der Familiengründung stark an. "Der Unterschied hat vor allem Auswirkungen auf die Erwerbsarbeit", erläutert Annette Krämer, SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik. In Niedersachsen seien 2019 mehr als 88 Prozent der Väter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig gewesen, im Gegensatz dazu jedoch nur etwas über 35 Prozent der Mütter.

"Problematisch daran ist vor allem, dass sich daraus für Frauen massive wirtschaftliche Nachteile ergeben. Denn: Aus niedrigen Einkommen werden später kleine Renten. Dann

ist es allerdings meistens zu spät, um gegenzusteuern", so Krämer. Deswegen müssten Unternehmen und politische Entscheidungsträger*innen jetzt aktiv werden und die Rahmenbedingungen für Frauen verbessern. "Wir brauchen eine bessere und verlässlichere Kinderbetreuung sowie eine Abschaffung des Ehegattensplittings. Außerdem darf bei Alleinerziehenden das Elterngeld nicht mehr auf die Grundsicherungsleistungen angerechnet werden", fordert das SoVD-Verbandsratsmitglied und ist sich sicher: "Wenn nicht schnell etwas getan wird, ist eine immer weiter steigende Altersarmut bei Frauen vorprogrammiert."

Der "Equal Care Day" findet alle vier Jahre am 29. Februar statt. Er soll auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit aufmerksam machen.

Forderungen des SoVD zum "Welttag der sozialen Gerechtigkeit" am 20. Februar

109.000 Sozialwohnungen fehlen

SoVD: Landespolitik muss beim sozialen Wohnen Turbo zünden

Eine Studie des Bündnisses "Soziales Wohnen"macht deutlich, dass in Deutschland mehr als 910.000 Sozialwohnungen fehlen. Niedersachsen gehört mit einem Defizit von 109.000 fehlenden Wohnungen zu den traurigen Spitzenreitern. Der SoVD in Niedersachsen fordert daher ein wohnungspolitisches Turbo-Programm von der Landesregierung.

"Im vergangenen Jahr hat sich die Anzahl der Anträge auf Wohngeld in unserem Beratungsalltag mehr als verdoppelt. Das zeigt, wie eng die Lage für viele Betroffene ist", so Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Verbandsrats in Niedersachsen. Doch mit finanzieller Unterstützung sei es nicht getan: "Es fehlt vor allem an bezahlbarem Wohnraum." Obwohl das Problem seit Langem bekannt sei, tue die Politik in Niedersachsen viel zu wenig. "Eigentlich hat sich die Landesregierung verpflichtet, 100.000 neue Sozialwohnungen zu bauen. Die aktuelle Studie macht allerdings deutlich, dass die Situation bei

uns besonders verheerend ist. Es muss endlich was passieren", betont Sackarendt.

Am Geld kann es aus Sicht des SoVD nicht liegen: "Aus der Studie geht hervor, dass die Kommunen immer häufiger die Kosten der Unterkunft übernehmen müssen, auch wenn die Miete eigentlich zu hoch ist. Denn: Betroffene finden meistens keinen angemessenen Wohnraum", erläutert der Verbandsratsvorsitzende. Konkret bedeute dies, dass die Sozialausgaben fürs Wohnen achtmal so hoch seien wie die Förderung für den Neubau von Sozialwohnungen. "Das ist eine völlige Fehlplanung. Die Landesregierung muss jetzt schnell den Neubau vorantreiben, damit auch die Sozialkassen nicht unnötig belastet werden" sagt Sackarendt. Um schnelles und preisgünstiges Bauen zu ermöglichen, fordert der SoVD schnellere Genehmigungsverfahren sowie weniger hemmende Vorschriften und Auflagen. Außerdem müssten Fehlbelegungen vermieden werden.

Ungleichheit bekämpfen

Armut bei Kindern und Senior*innen, ungleiche Bildungschancen und eine immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich: Niedersachsen ist von einer sozial gerechten Gesellschaft noch weit entfernt. Deshalb fordert der SoVD in Niedersachsen anlässlich des "Welttags der sozialen Gerechtigkeit" am 20. Februar die Landesregierung auf, für mehr Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen und so auch dem Einfluss von rechtspopulistischen Parteien entgegenzuwirken.

Die aktuelle Situation zeigt es ganz deutlich: Steigt in einer Gesellschaft die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, gewinnen rechtspopulistische Kräfte an Einfluss. "Bei uns in Niedersachsen gibt es immer mehr Menschen, die finanzielle Probleme und Angst vor einem sozialen Abstieg haben. Hinzu kommt das fehlende Vertrauen in die Politik. Das führt häufig dazu, dass extremistische Parteien gewählt werden", erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Um das zu verhindern, bedürfe es einer gerechteren Sozialpolitik.

"Der Sozialstaat muss seine Verantwortung ernstnehmen und dafür sorgen, dass alle gleiche Chancen in den Bereichen Bildung, Jobs, Gesundheit und Integration haben", betont Swinke. Es sei nicht hinnehmbar, dass besonders junge und alte Menschen arm seien und Niedersachsen nach wie vor



Der SoVD setzt sich unter anderem für Chancengleichheit in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt ein.

ein Niedriglohnland sei. "Jetzt gilt es, an den entsprechenden Stellschrauben zu drehen. Die öffentliche Gesundheits- und Daseinsvorsorge muss dringend verbessert, Kitas und Schulen müssen besser ausgestattet werden. Auf Bundesebene muss endlich die Vermögenssteuer kommen, damit die Einkommensunterschiede nicht

noch größer werden", fordert der Vorstandsvorsitzende.

Dies sei insbesondere im Hinblick auf das Erstarken von rechten Parteien unerlässlich. "Die Basis einer demokratischen Gesellschaft ist die soziale Gerechtigkeit. Wenn wir zerstörerischen Kräften entgegenwirken wollen, muss jetzt gehandelt werden", so Swinke.

Noch bis 6. März abstimmen!

Wahl Behindertensportler*in 2024

Mit seiner Wahl "Behindertensportler*in des Jahres 2024" rückt der Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) wieder berührende Geschichten von eindrucksvollen (Sport-) Persönlichkeiten in den Fokus der Öffentlichkeit. Bei der Wahl können Menschen aus Niedersachsen bis zum 6. März unter sechs international erfolgreichen ihre*ihren Athlet*innen Favoritin*Favoriten wählen und ihre Stimme abgeben.

Die Nominierten sind in diesem Jahr Marcel Glindemann (Beachvolleyball, Lebenshilfe Braunschweig/ USC Braunschweig), Tobias Hell (Rollstuhlbasketball, Hannover United/Team BEB), Rick Cornell Hellmann (Para Badminton, VfL Grasdorf/ Team BEB), Stephanie Kienel (Badminton, Lebenshilfe Wolfsburg/VfB Fallersleben), Mascha Mosel (Rollstuhlrugby, TSV Achim/VfL Grasdorf/ Team BEB) und Melanie Wienand (Para Dressursport, PSV Hellern/Team BEB).

Die Kandidat*innen werden auf der BSN-Internet-

seite ausführlich vorgestellt.
Unter www.bsn-ev.de/
voting sind ihre Text- und
Bildportraits abrufbar. Dort
kann man auch direkt für
seine*n Favoritin*Favoriten
abstimmen.

Der*die Sieger*in wird am 14. März bei einer feierlichen Gala im GOP Varieté-Theater Hannover gekürt.

Der BSN veranstaltet die Wahl zum 24. Mal, um Sportler*innen mit Behinderung für ihre besonderen Leistungen zu ehren.



Abbildung: Plakat zur Abstimmung Unter den Wähler*innen werden insgesamt 45 Preise verlost.

Neuwahl des Präsidiums und Planung von Maßnahmen zur Europawahl

EBN-Mitgliederversammlung

Zusammen mit zehn weiteren Organisationen begründete der SoVD im Mai 2021 seine Mitgliedschaft in der Europäischen Bewegung Niedersachsen e.V. (EBN). Kürzlich fand in Hannover die Mitgliederversammlung der EBN statt. Delegierte der mittlerweile 27 Mitgliedsorganisationen sowie Vertreter*innen interessierter Vereine, Verbände und Interessensvertretungen kamen zusammen, um das EBN-Präsidium neu zu wählen und unter anderem gemeinsame Aktivitäten im Vorfeld der Europawahl zu erörtern.

In ihrem Grußwort lobte Wiebke Osigus, Ministerin für Bundesund Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung, das Engagement der EBN und betonte den Stellenwert europäischer Politik in und für Niedersachsen. Sowohl die Ministerin als auch das Präsidium und die Mitglieder äußerten sich zutiefst besorgt über die wachsende EU-Skepsis und den zunehmend aggressiveren Ton im Vorfeld der Europawahl im Juni. In Anbetracht der europaweiten multiplen Krisen. der Bewahrung der Demokratie. des laufenden Klimawandels, des Angriffskriegs auf die Ukraine und der sozialpolitischen Verantwortung angesichts steigender globaler Ungerechtigkeit müssen nach Auffassung der EBN Demokrat*innen europaweit zusammenstehen und gemeinsame Lösungen für die Herausforderungen bieten. Dazu sei es wichtig, Europa als Querschnittsthema auch in der Bildung zu verankern und lokal greifbar zu machen. Dafür hat



Foto: EBN

Gruppenbild mit Präsidium, EBN-Mitgliedern und weiteren Teilnehmenden der EBN-Mitgliederversammlung

die EBN das kleine Kinderbuch "Anna und Fredi entdecken Europa" entwickelt, das in den nächsten Monaten seinen Platz in Einrichtungen frühkindlicher Bildung einnehmen wird.

Die bisherige Präsidentin der EBN, Meta Janssen-Kucz, Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtags, wurde bei der Wahl auf der Mitgliederversammlung im Amt bestätigt. Agnieszka Krawczyk-Balon, Harm Adam und Marco Mensen wurden zu Vizepräsident*innen gewählt.

Das Anliegen der EBN zur Europawahl sei es, gemeinsam

mit den Mitgliedsorganisationen, die demokratischen Errungenschaften in Europa für alle Menschen zu verteidigen, zu stärken und sichtbarer zu machen und Bürger*innen zur Teilnahme an der Wahl zum neuen Europäischen Parlament zu motivieren, sagte Janssen-Kucz. Die EBN plane unter anderem eine Diskussion mit Spitzenkandidat*innen zur Europawahl und mindestens eine größere Veranstaltung, um den Stellenwert europäischer Politik sichtbarer zu machen, so Janssen-Kucz.

SoVD-Ehrenamtliche in Osterode starten neues Hilfsnetzwerk

"Für mehr Miteinander"

Der SoVD-Kreisverband Osterode geht mit seinem Hilfsnetzwerk "Für mehr Miteinander" an den Start. Allerdings sind noch nicht alle Angebote überall verfügbar. In einigen Bereichen fehlen noch Helfende. Doch der SoVD-Kreisvorsitzende Frank Uhlenhaut ist zuversichtlich, dass mit der Zeit weitere Interessierte hinzukommen. Ziel ist es, ein flächendeckendes Hilfsangebot – auch in den Aufgabengebieten Alltagsbegleitung, Krankenbesuche und Kinderpatenschaft – bereithalten zu können.

Ohne räumliche Zuordnung und mit sieben Freiwilligen geht das Angebot einer telefonischen Begleitung an den Start. Personen, die telefonischen Kontakt suchen, können sich unter den

Telefonnummern 0177 1795988 und 0177 1766474 an die Koordinatorinnen Regina Roddewig oder Sabine Bode wenden. Denn viele Menschen fühlen sich oft allein, gerade, wenn sie



Foto: SoVD Osterode

Das Organisationsteam und einige Helfende präsentierten den Medien im Osteroder Beratungszentrum das neue Hilfsnetzwerk. älter sind. Der SoVD möchte mit ihnen in Kontakt bleiben beziehungsweise treten. Ein Anruf am Morgen kann schon ein gutes Gefühl geben. Zudem kann er ein Stück Sicherheit bieten, dass sich jemand kümmert, wenn die Person Hilfe benötigt.

In der ehemaligen Kreisstadt Osterode stehen zudem die Angebote Alltagsbegleitung und Krankenbesuche den Hilfesuchenden zur Verfügung. Die Pandemiezeit hat gezeigt, dass auch kleinere Unterstützungen im Alltag viel bewirken können. Egal, ob es darum geht, einzukaufen oder eine Begleitung bei Arztbesuchen oder Behördengängen an der Seite zu wissen. Das SoVD-Hilfsnetzwerk unterstützt gerne. Wer krank oder pflegebedürftig ist, findet in den Engagierten des Hilfsnetzwerks Gesprächspartner*innen, die ein offenes Ohr haben und gegebenenfalls auch kleinere Alltagserledigungen organisieren können. Das Angebot der Krankenbesuche kann auch in der Stadt Bad Lauterberg nachgefragt werden.

Zudem können Familien mit Kindern in den Städten Herzberg und Osterode das Hilfsangebot der Kinderbetreuung nachfragen. In einem persönlichen Gespräch unter den Telefonnummern 0177 1795988 und 0177 1766474 werden die Wünsche mit den Möglichkeiten abgeglichen.

Weitere Helfende sind willkommen

Der SoVD-Kreisverband Osterode betritt mit dem Hilfsnetzwerk "Für mehr Miteinander" Neuland betont Frank Uhlenhaut: "Wir wollen Schritt für Schritt unsere Initiative mit Angeboten füllen." Dafür sucht und braucht der SoVD-Kreisverband nach wie vor Personen, die sich als Helfende engagieren wollen. Interessierte können sich bei Frank Uhlenhaut unter der Telefonnummer 0170 2247288 melden.

SOVD-VORTRAG

Kündigung und Behinderung

Im April setzt der SoVD-Landesverband Niedersachsen seine digitale Vortragsreihe fort. Der Online-Vortrag "Kündigung und Behinderung: Was ist zu beachten?" steht am Dienstag, 9. April, von 16 bis 17.30 Uhr auf dem Programm. Dann gibt Referent Frank Rethmeier einen Überblick, was bei einer Kündigung einer beeinträchtigten Person zu beachten ist. Kann man überhaupt mit einer anerkannten Behinderung gekündigt werden? Diese Frage und andere stehen im Mittelpunkt des digitalen vortrags.

Die Veranstaltung ist kostenfrei und wird über Zoom durchgeführt. SoVD-Mitglieder und andere Interessierte sind herzlich willkommen. Sie können sich bis zum 5. April per E-Mail an weiterbildung@sovd-nds.de anmelden. Die Zugangsdaten erhalten Teilnehmende spätestens am Veranstaltungstag per E-Mail.

SOVD-PODCAST

Elternassistenz

Eltern, die eine Behinderung oder eine chronische Krankheit haben, benötigen oft Unterstützung im Alltag, wenn es um die Versorgung ihrer Kinder geht. Aber welche Leistungen gibt es? Und was kann ich tun, wenn mein Antrag auf Hilfe abgelehnt wird? Darüber sprechen Stefanie Jäkel und Katharina Lorenz in der aktuellen Folge des SoVD-Podcasts "Kein Ponyhof" und zeigen auch mögliche Fallstricke auf. Als Gast begrüßen die beiden Moderatorinnen Kerstin Blochberger vom Bundesverband behinderter Eltern. Sie erläutert, wo die größten Herausforderungen für Eltern mit Behinderung liegen und was die Politik tun müsste, um Betroffene besser zu unterstützen. Außerdem werden die Leistungsansprüche von Eltern mit intellektuellen Beeinträchtigungen betrachtet.

Der SoVD-Podcast erscheint einmal im Monat und ist auf allen gängigen Podcast-Plattformen sowie unter www.sovd-nds.de/ podcast abrufbar. SoVD in Hannover engagiert sich für Erhalt der Stadtteilbibliotheken und organisiert Protestaktionen

Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle

Das Haushaltssicherungskonzept der Landeshauptstadt Hannover sieht mehrere Einsparmaßnahmen vor, um die hohe Verschuldung der Stadt zu senken. Zu diesem Konzept gehört auch die Auflage an die Stadtbibliothek, 500.000 Euro jährlich einzusparen. Um dies umzusetzen, müssten die Nordstadt-Bibliothek und die Kinder- und Jugendbibliothek Südstadt schließen. In den betroffenen Stadtteilen hat das in den vergangenen Wochen Widerstand ausgelöst. Der SoVD in Hannover-Stadt sieht bei diesen Plänen die Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe insbesondere für Kinder und Jugendliche in Gefahr und engagiert sich für den Erhalt der Bibliotheksstandorte.

Die möglichen Auswirkungen des hannoverschen Sparprogramms betrachtet Ingrid Beyer, Sprecherin des Gesellschaftspolitischen Ausschusses im Kreisverband Hannover-Stadt, mit Sorge, denn diese würden Kinder und Jugendliche ganz besonders treffen. "Lesen ist das Tor zum Verstehen der Welt, um Demokratie zu verstehen, um Geschichte zu begreifen, um sich eine Meinung bilden zu können", so Beyer. Das setzten die Sparpläne der Stadt aufs Spiel. Es reiche nicht. von Bildungsgerechtigkeit und Förderung der Lesekompetenz zu reden, man müsse dies auch leben, indem man den Zugang zu Büchern und Bildung allen niedrigschwellig und barrierefrei ermögliche. Dabei sei wichtig, dass die Bibliotheken wohnortnah und fußläufig erreichbar seien und Kinder und mobilitätseingeschränkte Menschen nicht auf weiter entfernte ausweichen müssen.

Der SoVD ist Teil eines Netzwerks engagierter Bürger*innen und Bündnisse, das sich nach Bekanntgabe der Schließungspläne gebildet hat und Protestationen organisiert. Bewohner*innen der betroffenen Stadtteile haben sich miteinander solidarisch erklärt und unterstützen sich gegenseitig, damit beide Standorte erhalten bleiben. An einer ersten Kundgebung und Demonstration zum Erhalt der Nordstadt-Bibliothek im Februar beteiligte sich Beyer mit einem Redebeitrag. Hier kamen auch sehr viele Schüler*innen zu Wort.

Zehn Tage später folgte eine Kundgebung mit Demozug für den Erhalt der Südstadt-Bibliothek, die der SoVD angemeldet und organisiert hatte. Rund 1.000 Menschen, Kinder und Erwachsene, nahmen an der Protestaktion teil. Bei den Vorbereitungen hatte Ingrid Beyer die Unterstützung der SoVD-Kreisvorsitzenden Ingeborg Saffe.



Foto: Saskia Lührmann

Ingrid Beyer auf der Demonstration in der Nordstadt

Auch weitere Vertreter*innen des Kreisverbands Hannover-Stadt sowie aus den Ortsverbänden beteiligten sich an der Demo. Neben Beyer sprachen viele Kinder und unter anderem die ehemalige Leiterin der Südstadt-Bibliothek, Birgit Rybarsch, auf der Kundgebung. Besonders häufig äußerten die Kinder den Wunsch, dass die Bibliothek in der Nähe bleiben müsse. An den Kämmerer Axel von der Ohe (SPD), der zur Demonstration gekommen war,

übergab Beyer die SoVD-Forderung "Lassen Sie uns einen anderen Ort zum Sparen suchen."

Derzeit ist noch offen, ob es für die Schließungspläne eine Mehrheit im Stadtrat gibt; dieser muss den Plänen erst zustimmen. Doch auch für Einspar-Alternativen müssten Mehrheiten gefunden werden. Die Koalition von Bündnis 90/ Die Grünen und SPD im Stadtrat wurde Ende 2023 nach zwei Jahren Zusammenarbeit von der SPD beendet.

Rentner*innen mit Rentenbeginn zwischen 2001 und 2018 profitieren

Erwerbsminderungsrente steigt

In Deutschland beziehen über eine Million Menschen eine Erwerbsminderungsrente. Viele von ihnen können sich zum 1. Juli 2024 über eine Rentenerhöhung von bis zu 7,5 Prozent freuen – wenn ihr Rentenbeginn zwischen 2001 und 2018 liegt.

Gute Nachrichten für viele Erwerbsminderungsrentner* innen: Dank des Rentenanpassungs- und Erwerbsminderungsrenten-Bestandverbesserungsgesetzes profitieren Bezieher*innen einer Erwerbsminderungsrente, deren Rentenbeginn zwischen dem 1. Januar 2001 und dem 31. Dezember 2018 lag zum 1. Juli 2024 von einer Leistungserhöhung. "Wir als SoVD haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder für die Gleichberechtigung dieser sogenannten Bestandsrentner innen eingesetzt, da ihnen bisherige Verbesserungen nicht zugutekamen. Dass auch sie nun endlich einen Zuschlag erhalten, freut uns sehr", so Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik des SoVD in Niedersachsen. Sind Anspruchsberechtige zwischen dem 1.Juli 2014 und dem 31. Dezember 2018 in Rente gegangen, steigt die Erwerbsminderungsrente um 4,5 Prozent an. Bei einem Renteneintritt zwischen dem 1. Januar 2001



Foto: Lennart Helal

Der SoVD berät seine Mitglieder zur Erwerbsminderungsrente und bei allen Fragen zum Sozialrecht.

und dem 30. Juni 2014 ist der Zuschlag sogar fast doppelt so hoch: "Für diese Gruppe steigt die Erwerbsminderungsrente um 7,5 Prozent", informiert

Ein Antrag muss nicht gestellt werden. Die Deutsche Rentenversicherung prüft Ansprüche selbstständig und zahlt anschließend erstmals den angepassten Rentenbetrag aus. "Allerdings ist die Rente damit längst nicht armutsfest, denn zu viele Betroffene sind noch immer auf Grundsicherung im Alter angewiesen", kritisiert Lorenz. Wer die Leistung aufstockend bezieht, geht zudem bei der Erhöhung weiterhin leer aus, denn der Betrag wird auf die Bezüge angerechnet. "Deshalb braucht es eine grundsätzliche Reform des Rentenrechts. Rentner*innen müssen auch ohne Grundsicherung gut von ihren Bezügen leben können", fordert Lorenz.



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: März-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die Whats-App-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 5. und 19. März, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland Landesverband Niedersachsen e. V. Herschelstraße 31 · 30159 Hannover Tel.: 0511 70148-0 Fax: 0511 70148-70 www.sovd-nds.de presse@sovd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen

Redaktion:

Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54 Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:

Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:

Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

SoVD-Aktive aus dem Heidekreis für Ehrenamt gewürdigt

Leidenschaftlich engagiert

Am Ehrenamtstag zeichnete Landrat Jens Grote im Kreishaus in Bad Fallingbostel die Vorsitzende des Düshorner SoVD, Renate Dornblut, für ihr soziales Engagement aus. Gäste der Veranstaltung waren auch Jürgen Hestermann, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Heidekreis, und seine Stellvertreterin Annette Krämer.

Grote ging auf die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Renate Dornblut näher ein. Die Düshornerin leitet als 2. Vorsitzende den Verein Dorfladen in ihrem Ort mit großem Engagement. Sie engagiert sich zudem als Revisorin im SoVD-Kreisverband Heidekreis sowie in weiteren Düshorner Vereinen und Verbänden. Seit 2002 steht sie zudem als 1. Vorsitzende dem SoVD-Ortsverband Düshorn vor und engagiert sich dort seit 2012 auch als Frauensprecherin. Mit den Mitgliedern ist sie deutschlandweit unterwegs und organisiert im Verband viele Veranstaltungen.



Foto: Annette Krämer

Renate Dornblut gemeinsam mit dem Landrat Jens Grote (rechts) und dem SoVD-Kreisvorsitzenden Jürgen Hestermann

Gewalt an Frauen: SoVD-Kreisvorstand Lüneburg-Lüchow setzt Schwerpunktthema

Veranstaltung mit Präventionsspezialistin

Der Vorstand des SoVD-Kreisverbands Lüneburg-Lüchow hat die Aufklärung rund um Gewalt an Frauen und den Schutz der Betroffenen zu seinem Schwerpunktthema im Jahr 2024 gemacht. Mit verschiedenen Veranstaltungen im Kreisverband und in seinen Ortsverbänden soll die komplexe Thematik beleuchtet und sollen viele Menschen sensibilisiert und informiert werden. Den Auftakt bildete eine Informationsveranstaltung mit einer Präventionsspezialistin in Gellersen.

Es ist der stille Alptraum vieler Frauen: Die Attacke aus dem Hinterhalt auf dem Weg nach Hause oder die beständige Gewalt in den eigenen vier Wänden. Ein Tabu-Thema, über das viel zu selten geredet wird, findet der SoVD-Kreisverband Lüneburg-Lüchow. "Deshalb haben wir dieses Thema für den gesamten Kreisvorstand zu unserem Jahresthema gemacht", sagt die Frauensprecherin des Kreisverbands Brunhilde Ernst. "Wir werden mit unterschiedlichen Veranstaltungen in unsere Ortsverbände gehen und verschiedene Seiten der Problematik beleuchten", so Ernst weiter. Auch bei allen Veranstaltungen des Kreisverbands werde es dazu ein Programm geben.

Den Auftakt machte der SoVD-Ortsverband Gellersen mit einem Informationsabend, zu dem Polizeihauptkommissarin Kathrin Richter eingeladen war. Die erfahrene Präventionsspezialistin räumte mit Vorurteilen und My-



Foto: Claudia MIsiek

Brunhilde Ernst, SoVD-Frauensprecherin des Kreisverbands Lüneburg-Lüchow, Ulrike Böckmann, 2. Frauensprecherin des Kreisverbands, Marit Wulf, 2. Vorsitzende des SoVD in Gellersen, Referentin Kathrin Richter und Hannelore Ortstein, SoVD-Frauensprecherin in Gellersen (v.l.)

then auf, erklärte die Mechanismen von Gewalt und gab Tipps, wie Frauen sich wehren können. "Gewalt ist kein Zufall, sondern eine konkret geplante Tat, die immer nach dem gleichen Schema abläuft", erklärte Richter. Neben Gewalt, die in der Öffentlichkeit stattfindet, behandelte die Veranstaltung auch die häusliche Gewalt, die in den vergangen Jahren deutlich zugenommen habe,

so Richter. Die Gesetzeslage habe sich aber stark zugunsten der Frauen verändert, Polizist*innen seien im Thema geschult und auch die Hilfeangebote seien heute viel breiter aufgestellt. Für die Gegenwehr war eine Empfehlung Richters das sogenannte "Wendo": ein von Frauen entwickelter Präventionskurs, der nicht nur körperliche, sondern auch verbale Strategien vermittelt.

SoVD nominiert Kandidat*innen für Kammern der Sozialgerichte

Ehrenamtliche Richter*innen gesucht

Die Mitwirkung ehrenamtlicher Richter*innen ist ein wichtiges Merkmal der Sozialgerichte. Um sich ehrenamtlich an einem Sozialgericht zu engagieren, ist eine fachliche oder persönlichen Eignung Voraussetzung. Außerdem müssen Interessierte in eine entsprechende Vorschlagliste aufgenommen werden. Für zwei Kammern ist dabei der SoVD vorschlagberechtigt. Insbesondere für die Kreisstädte Stade, Aurich und Osnabrück sucht der Verband derzeit Engagierte. SoVD-Mitglieder, die Interesse an diesem Ehrenamt haben und bestimmte Voraussetzungen erfüllen, können sich gerne an den SoVD wenden.

Für ehrenamtliche Richter* innen an Sozialgerichten gibt es bestimmte Zugangsvoraussetzungen. Sie werden auf Grundlage von Vorschlaglisten vom Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen für fünf Jahre berufen. Für die verschiedenen Vorschlaglisten haben wiederum Institutionen, darunter Verbände wie der SoVD, ein Vorschlagrecht für verschiedene Kammern. Der SoVD ist in Niedersachsen für die beiden Kammern "Soziales Entschadigungsrecht und Schwerbehindertenrecht" sowie "Grundeinkommen" vorschlagberechtigt. Der SoVD kann dabei Personen vorschlagen, die SoVD-Mitglied sind und weitere Voraussetzungen erfüllen. Um das Ehrenamt an Sozialgerichten der Kreisstädte zu übernehmen, müssen Interessierte ein Alter von mindestens 25 Jahren sowie die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Ihr Wohn- oder Arbeitsort muss sich außerdem im zuständigen Gerichtsbezirk



Foto: Andrii Synenkyi / Adobe Stock

Der SoVD bietet für ehrenamtliche Richter*innen und Interessierte eine Online-Veranstaltung zum Erfahrungsaustausch an.

Sachkunde oder Erfahrung mit den Lebenssachverhalten, die in Sozialgerichten verhandelt werden, sollte vorhanden sein. Juristische Kenntnisse sind ausdrücklich nicht erforderlich.

Die Berufungen können zu unterschiedlichen Terminen erfolgen, da sie sich nach dem Bedarf an den Kammern richten. Die ehrenamtlichen Richter*innen sind dabei nicht einem festen Amt zugeordnet, sondern werden Teil eines Pools ehrenamt-

licher Richter*innen. Fällt ein Verfahren in die Zuständigkeit dieser Kammer, werden die ehrenamtlichen Richter*innen abhängig von ihrer Verfügbarkeit und fachlichen Eignung für den jeweiligen Fall ausgewählt.

Vertiefende Informationen zum Thema sind unter http://tinyurl.com/yarmz6ta abrufbar. Wer Interesse oder Fragen zur Tätigkeit hat, kann sich per E-Mail an Alice Mierswa, Abteilung Organisation, wenden: alice.mierswa@sovd-nds.de.

SoVD in Braunschweig verteilt gespendete Schulranzen

Ausgabe von Schulranzen ab 16. März

Der SoVD-Kreisverband Braunschweig hatte dieses Jahr wieder zu Spenden von gut erhaltenen und nicht mehr benötigten Schulranzen und Rucksäcken aufgerufen. Auch die Braunschweigische Landessparkasse (BLSK) und die von Volkswagen Financial Services gegründete "Stiftung – Unsere Kinder in Braunschweig" haben sich an der Aktion beteiligt; die BLSK bereits zum dritten Mal in Folge. Die Mitarbeitenden der jeweiligen Finanzunternehmen wurden zu Spenden aufgerufen und deren Ranzen und Rucksäcke wurden an den SoVD übergeben.

Jedes Jahr werden circa 100 bis 200 Ranzen und Rucksäcke gespendet.

Familien, die Interesse an kostenlosen Ranzen haben, können diese am Samstag, 16. März, von 9 bis 12 Uhr im SoVD-Beratungszentrum im Bäckerklint 8 mit ihren Kindern abholen. Die Kinder können sich dann ihren Lieblingsranzen aussuchen. Die Abholung ist anonym und steht allen Familien frei. Weiter mit der Ranzenausgabe am Bäckerklint geht es ab dem 18. März zu den Öffnungszeiten – montags bis donnerstags von 9 bis 16 Uhr und freitags von 9 bis 12 Uhr.



Foto: U. J. Alexander / Adobe Stock

Der SoVD möchte mit der Spendenaktion Familien unterstützen, die sich die Anschaffung eines Ranzens nicht leisten können.